

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 28. Dezember 2009 · Nr. 300/53 D 3

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

1,90 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## Guttenberg bereit zu Aussage unter Eid

ban. BERLIN, 27. Dezember. Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) will sich einer möglichen Verteidigung vor dem Kundus-Untersuchungsausschuss des Bundestages nicht widersetzen. Der Zeitung „Bild am Sonntag“ sagte er, er habe die Einsetzung des Ausschusses unterstützt. Er wolle seinen Beitrag zur Aufklärung der Umstände der Bombardierung zweier Tankwagen am 4. September in Afghanistan leisten. „Wenn der Ausschuss es für notwendig erachtet, werde ich meine Aussage selbstverständlich auch unter Eid machen.“ Die SPD und die anderen Oppositionsparteien streben im Verteidigungsausschuss, der in der Angelegenheit als Untersuchungsausschuss tagt, an, zu Guttenberg und den früheren Generalinspekteur Schneiderhan mit ihren gegensätzlichen Aussagen über den Verlauf von Informationen innerhalb des Verteidigungsministeriums nach der Bundestagswahl zu konfrontieren. Auseinandersetzungen darüber hatten dazu geführt, dass zu Guttenberg Schneiderhan und Staatssekretär Wichert in den einseitigen Ruhestand versetzte. Eidesstattliche Aussagen vor Untersuchungsausschüssen stehen solchen vor Gerichten gleich. Gegebenenfalls könnte die Staatsanwaltschaft gegen die Betroffenen wegen mutmaßlicher Falschaussagen ermitteln. (Siehe Seite 6.)

## Imperiale Vergangenheit



Vor 30 Jahren – Als sowjetische Truppen am ersten Weihnachtstag des Jahres 1979 in der afghanischen Hauptstadt Kabul landeten, begann ein jahrelanger Krieg, mit dessen mittelbaren Folgen die Welt noch heute zu tun hat. Zwar gelang es den Afghanen, die „Befreier“ in die Flucht zu

schlagen. Noch heute „zieren“ Hinterlassenschaften der Roten Armee wie hier im Panjshir-Tal die Landschaft am Hindukusch. Die Aufnahme entstand im Mai 2007. Inzwischen sind auch neue Ruinen dazugekommen. An die Operation „Sturm 333“ von 1979 erinnern wir auf Seite 3. Foto APF

## Flug 253

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Man will sich nicht ausmalen, was womöglich geschehen wäre, wenn der Attentäter auf dem Flug 253 von Amsterdam nach Detroit nicht überwältigt worden wäre oder der Sprengsatz „richtig“ funktioniert hätte. Rund dreihundert Menschen haben jedenfalls nicht ihr Leben verloren – darüber ist die Erleichterung so groß wie das Erschrecken, dass nicht viel zu einem neuen Massenmord gefehlt hat und dass die Sicherheitsvorkehrungen lückenhaft waren. Sollte jemand geglaubt haben, man habe den transnationalen Terrorismus im Griff, so dass man in puncto Sicherheit Entwarnung geben könne, dann wurde er eines Besseren belehrt. Ob der Attentäter auf eigene Faust gehandelt hat oder auf Al-Qaida-Anweisung – die Gefahr ist nicht gebannt, sie ist präsent, und deswegen werden Flugreisende, nicht nur nach Amerika, neue Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen müssen, die hoffentlich zweckdienlich sind.

Bemerkenswert, ja bizarr jenseits der offenbarten Sicherheitsmängel ist die Geschichte, die diesem Anschlagversuch vorausging: Der Vater des Mannes, der ein gültiges amerikanisches Visum besitzt, dem im Mai aber

ein neues britisches Visum verweigert wurde, macht die amerikanische Botschaft in Nigeria auf die Radikalisierung seines Sohnes – offenbar in London – aufmerksam. Der Name wird in eine entsprechende Datei aufgenommen, aber nicht auf eine Liste gesetzt, die quasi Alarm ausgelöst hätte. Mit anderen Worten: Irgendwo im amerikanischen Datenlabyrinth über mutmaßlich Verdächtige war auch dieser Terrorist abgelegt. Unbekannt war er nicht. Und wenn es stimmt, dass auch er im Jemen zum Terroristen „ausgebildet“ worden ist oder von dort seine Unterweisung erhielt, dann bestätigt sich aufs Neue, wie wichtig dieses Land für den transnationalen Terrorismus geworden ist. Deswegen muss mit der Regierung des Jemen noch intensiver zusammengearbeitet werden.

Eine andere Konsequenz dieses glücklichen Endes vom ersten Weihnachtstag ist ebenfalls offensichtlich: Strenge, zuweilen unangenehme Kontrollen auf Flughäfen sind eben nicht überflüssig, mögen das auch Leute, denen Persönlichkeitsrechte über alles gehen, anders sehen. Die allermeisten Passagiere werden sich lieber einmal mehr kontrollieren lassen, als mit mulmigem Gefühl über den Atlantik zu fliegen. Und: Ohne einen effektiven und raschen Datenaustausch, national wie international, gibt es im Zeitalter der Mobilität keine Sicherheit.

## Eine Volkspartei braucht Volk

Von Georg Paul Hefty

Die CSU leidet an der Bürde aller Primadonnen: Auch wenn die noch deutlich besser sind als die übrigen Darsteller, werden sie wegen jeder Schwäche ausgebuht. Die CSU liegt trotz der hohen Stimmenverluste gegenüber früheren Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen noch immer weit vor den Wähleranteilen anderer Parteien, gerade auch vor CDU und SPD. Selbst mit einem Stimmenanteil von wenig mehr als vierzig Prozent ist sie die erfolgreichste deutsche Volkspartei. Das will jetzt aber niemand mehr zur Kenntnis nehmen. Freunde und Gegner vereinigen sich im ehrlichen oder gespielten Entsetzen über den Niedergang der einst so stolzen bayerischen Staatspartei.

Unter solchen Umständen kommt der Teilbankrott der Bayerischen Landesbank einem Sturz der Primadonna auf offener Bühne wegen Trunkenheit gleich. Die Blamage ist total, Ursachen und Hintergründe zählen nicht. Dabei sind die Kritiker von heute zum Teil die Neider, zum Teil die Lobhudler von damals. Die damalige Ausbreitung der Landesbank war ein später Ausläufer der expansiven Politik, welche die CSU und die von ihr über Jahrzehnte allein gestellte Staatsregierung von jeher verfolgten. Mit ihr wurden die Parteivorsitzenden sowie die bayerischen Ministerpräsidenten zu bundespolitischen Machtfaktoren und sogar zu (Neben-)Darstellern auf der Weltbühne. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, dass heute gerade jene Leute – Politiker, Kaufleute und Kommentatoren – den Versuch der Bayern rügen, auf dem Balkan, in der südosteuropäischen Nachbarschaft, wirtschaftlich, also exportfördernd, tätig zu sein, denen sonst kein Anlass zu banal ist, die Anpassung an die Globalisierung zu fordern.

Das allerdings befreit die CSU nicht von der Aufgabe, sich eines Grundübel ihres Führungsstils bewusst zu werden. Gerade die von absoluten Mehrheiten verwöhnte CSU, die schließlich mit der Zweidrittelmehrheit im Landtag die umfassendste Machtstellung erreichte, die es in der Bundesrepublik jemals gegeben hat, hat unabsichtlich und von der Parteibasis wie von der Öffentlichkeit zunächst unbemerkt den Primat der Politik im Staate aufgegeben. Das Einfallstor war die Großmannssucht. Schon Strauß nahm hochmögende Zeitgenossen wichtiger als den Durchschnitt der Bevölkerung. Damit konnte man angeben. Von den Treffen mit den Reichen und Einflussreichen gab es mal schöne Bilder, mal ebensolche Gerüchte. Stoiber, dank der Doppelfunktion als Parteichef und Ministerpräsident der eigentliche Strauß-Nachfolger, knüpfte daran an. Nicht Ortsvorsitzende hatten recht, sondern die Könige unter den Unternehmensberatern. Nicht ein Landtagsabgeordneter konnte sich Ministerwürden verdienen, sondern ein Hochschulpräsident, der beim Finanz-

amt besser bekannt war als im Lande. Über den Transrapid wurde nicht mit den Münchner Bürgern und den Pfennigfuchsern in den Ministerien gesprochen, sondern mit mutmaßlich visionären Vorstandsvorsitzenden.

Dass die Abgehobenheit der bayerischen und der gesamtdeutschen Wirtschaftselite die Politiker infizieren, sie zur Nachahmung verleiten musste, wäre vorherzusehen gewesen, wenn damals nicht alle Beteiligten von den Erfolgen geblendet worden wären. Auch in der Politik gibt es Umsatz- und Popularitätsblasen. Erst als die Eigenmächtigkeit der Parteiführung und der Staatsregierung keine Grenzen mehr kannte und die Funktionärschicht trotzdem in Ergebnisse verharrete, muckten zunächst die parteifer-

Die CSU hat den Primat der Politik aufgegeben – das ist ein Grund ihrer aktuellen Kalamitäten.

nen Bürger, dann auch das Fußvolk der CSU auf. Die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre – ohne Vorbereitung, Ankündigung und politische Willensbildung des Volkes – war der sichtbare Beleg für die Unterwerfung der Partei und des Staates unter die Anpassungserfordernisse der Wirtschaft. Im Verwaltungsrat der Landesbank ging es beim Erwerb der besonders „günstigen“ österreichischen Bank wohl ebenso zu: Die Manager forderten, die Politiker wagten nicht zu widerstehen, nicht einmal zu verzögern.

CSU und Bayerische Staatsregierung sind – seit der Koalition mit der FDP – nicht mehr ein und dasselbe. Immerhin setzt die Partei jetzt zu sogenannten Strukturreformen an – Ausgange offen. Das Kommissionswesen der Staatsregierung ist jedoch noch immer zu sehr im Elitedenken gefangen. Nobelpreise qualifizieren gewiss für vielerlei, aber sie wurden noch nie in der Kategorie Gemeinwohl vergeben.

Seehofer und seine Mitstreiter müssen den Primat der Politik wiederherstellen, auch wenn die FDP dagegenhält. Erst wenn die Bevölkerungsmehrheit daran glaubt, dass der Ministerpräsident die Richtlinien im Staat bestimmt und dass die Parteiführung den Vorstellungen der noch immer 150 000 Mitglieder statt den Einflüsterungen Prominenter und Betuchter folgt, wird sie wieder die CSU wählen. Wählervertrauen erwächst aus Achtung und Zutrauen. Achtung folgt aus der Anerkennung bisheriger Leistungen, Zutrauen ergibt sich aus der Übereinstimmung in den Zielen und der Überzeugung, ein bestimmter Kandidat habe das Zeug und den Willen, der Bevölkerungsmehrheit zu dienen. Die CSU muss wieder die Politik machen, die der Großteil des Volkes als seine eigene Zielsetzung erkennt.

## Heute

### Küstenschutz zum Gedenken

Die Hilfe nach dem verheerenden Tsunami vor fünf Jahren hat nicht nur Not gelindert. Viele der Projekte dienen auch der Vorsorge. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

### Zieht weitere Kreise

Heimlich, still und leise kann sich die katholische Kirche in Irland ihrer Missbrauchsfälle schon seit langem nicht mehr entziehen. Nun haben zwei weitere Bischöfe ihren Rücktritt angekündigt. **Politik, Seite 3**

### Erschütternde Aussagen

Auch wenn die Aussagen nicht immer der Aufklärung dienen: Der Demjanjuk-Prozess ist eine der letzten Gelegenheiten, die Überlebenden des Holocaust zu Wort kommen zu lassen. **Politik, Seite 4**

### Blankoschecks

Das amerikanische Finanzministerium verspricht den Immobilienfinanzierern Fannie Mae und Freddie Mac unbegrenzte staatliche Hilfe. Deren Spitzenmanager erhalten Millionengehälter. **Wirtschaft, Seite 13**

### Der alte Mann will mehr

Janne Ahonen ist zurück im Skisprung-Zirkus – der Olympiasieg soll jetzt noch her. Der Finne unterscheidet sich von vielen Konkurrenten: Er ist schwerer und athletischer. **Sport, Seite 21**

### Meisterwerk, restauriert

Eine wundervolle Ausstellung ist im Kunstmuseum Basel zu besichtigen: Gemälde und Grafiken von Frans II. Francken. Das restaurierte Bild „Die Anbetung der Könige“ steht dabei im Zentrum. **Feuilleton, Seite 25**

### IFRS und kein Ende

An den neuen internationalen Regeln für die Rechnungslegung scheiden sich die Geister. Manche empfehlen sie sogar für den Mittelstand, andere bezeichnen sie als Unsinn. **Der Betriebswirt, Seite 12**

## Tote bei Demonstrationen in Iran

Neffe Mussawis unter den Opfern / 300 Festnahmen / Zusammenstöße im ganzen Land

Her. ABU DHABI, 27. Dezember. Bei den heftigsten Zusammenstößen in Iran seit den Protesten gegen die Manipulation der Präsidentschaftswahl im Juni sind am Sonntag nach Angaben der Opposition mehrere Demonstranten getötet worden. Vier Teilnehmer der Kundgebungen in Teheran seien von den Sicherheitskräften getötet worden, die scharf geschossen hätten, berichteten Oppositionelle im Internet. Auch in Täbris im Nordwesten seien vier Oppositionelle getötet worden, hieß es auf einer Internetseite. Das staatliche Fernsehen meldete am Abend, es habe Tote „auf beiden Seiten“ gegeben. Die Teheraner Polizei sprach von einem Erschossenen und drei Verunglückten; die Polizei habe aber keine Schusswaffen. Rund 300 Personen seien festgenommen worden.

Aus dem Umfeld des Oppositionsführers Mussawi hieß es, einer von dessen Neffen zähle zu den Getöteten. Die Opposition verbreitete kurze Filme, die zeigen, dass sich Zehntausende über das Verbot der Regierung hinwegsetzten und sich an den Kundgebungen beteiligten.

Irans Polizeichef Moghaddam hatte mit „harten Maßnahmen“ gedroht. Erstmals konnten die Sicherheitskräfte den Strom der Demonstranten, die sich in Richtung auf die große Ost-West-Achse in Teheran vom Imam-Husein-Platz zum Platz der Freiheit (Azadi) bewegten, nicht aufhalten. Die Bassidsch-Miliz, die Revolutionswächter und die Polizei gingen mit Tränengas und Schlagstöcken vor und versuchten, die Menschen wie bei früheren Kundgebungen zu vertreiben.

Die Demonstranten steckten Autos und Motorräder der Sicherheitskräfte sowie die Filiale einer Bank in Brand. Auch entwandten sie den Sicherheitskräften erstmals Waffen und Schutzwesten. Die Protestzüge fanden während der schiitischen Aschura-Feierlichkeiten und zugleich am siebten Tag nach der Beisetzung von Großajatollah Montazeri statt, dem prominentesten Kritiker der Islamischen Republik unter den Klerikern. Zusammenstöße wurden auch aus den Städten Isfahan und Nadschafabad berichtet. Am Samstag hatten Anhänger des Regimes im Norden Teherans den Reform- und früheren Staatspräsidenten Chatami an einer Rede gehindert. Ebenso gingen sie gegen eine Kundgebung von Anhängern des Oppositionsführers Mussawi vor. (Siehe Seite 2.)

## Al Qaida hinter Anschlagversuch vermutet

Nigerianer wollte Passagierflugzeug sprengen / Anklage in Amerika / Verschärfte Kontrollen

rüb. WASHINGTON, 27. Dezember. Nach dem fehlgeschlagenen Anschlag auf ein Passagierflugzeug über Detroit konzentrieren die amerikanischen Behörden ihre Ermittlungen auf das Terrornetz Al Qaida. Bisher gebe es keine Anzeichen dafür, dass der versuchte Selbstmordanschlag vom Samstag auf das von Amsterdam kommende Flugzeug Teil eines größeren Komplottes gewesen sei, sagte Heimatschutzministerin Janet Napolitano am Sonntag.

Nach dem Vorfalle müssen sich Fluggäste in den Vereinigten Staaten und auf dem Weg dorthin auf stärkere Sicherheitskontrollen und verlängerte Wartezeiten an Flughäfen einstellen, weil mehr Passagiere als bislang abgetastet werden. Die amerikanischen Behörden ordneten

an, dass Passagiere in der letzten Stunde vor der Landung in den Vereinigten Staaten ihre Sitze nicht mehr verlassen und keine persönlichen Gegenstände auf dem Schoß halten dürfen. Präsident Obama ordnete eine Gesamtüberprüfung der Sicherheitsmaßnahmen im Luftverkehr an.

Nach den Ermittlungen hatte der 23 Jahre alte Nigerianer Umar Faruk Abdulmutallab am Weihnachtstag versucht, einen mit knapp 300 Passagieren besetzten und aus Amsterdam kommenden Airbus 330 der amerikanischen Fluggesellschaft Delta/Northwest mit einem Sprengsatz zum Absturz zu bringen. Zunächst war unklar, ob die Bombe nicht vollständig zündete oder das Eingreifen eines Passagiers Schlimmeres verhinderte. Der Attentäter, der aus Nigeria kam und in Amsterdam

umgestiegen war, hatte etwa 80 Gramm Plastiksprengstoff an seinem Bein befestigt und den Zünder kurz vor dem Landeanflug auf der Toilette angebracht. Bei der Zündung des Sprengsatzes auf seinem Sitz kam es aber nur zu einer Verpuffung mit Feuer- und Rauchentwicklung. Passagiere und Flugbegleiter überwältigten den Attentäter und löschten die Flammen. Abdulmutallab, der sich schwere Verbrennungen zuzog, wurde am Sonntag aus dem Krankenhaus entlassen und in Gewahrsam genommen. Er wurde wegen des Versuches angeklagt, ein Flugzeug zum Absturz zu bringen. Der Mann, der im Jemen terroristisch ausgebildet worden sein soll, stammt aus einer Bankiersfamilie und studierte in London Ingenieurwissenschaften. (Siehe Seiten 2 und 3.)

## Privatversicherer fordern Staatsgeld

ami. BERLIN, 27. Dezember. Die private Krankenversicherung fordert Zuschüsse für die Kinderversicherung. Das sagte der Direktor des Verbands der privaten Krankenversicherung, Volker Leienbach, dieser Zeitung. Legte man die rund 14 Milliarden Euro Steuergeld zugrunde, die der Gesundheitsfonds 2010 für gesetzlich versicherte Kinder vorsehe, so ergäben sich Zuschüsse für die etwa 1,8 Millionen privat versicherten Kinder von insgesamt 1,9 Milliarden Euro. (Siehe Wirtschaft, Seite 11.)

## Josipović Favorit bei Stichwahl in Kroatien

kps. RIJEKA, 27. Dezember. Der sozialdemokratische Kandidat Ivo Josipović geht bei der kroatischen Präsidentschaftswahl mit großem Vorsprung in die Endrunde am 10. Januar. Nach Wählerbefragungen erhielt Josipović am Sonntag 32,7 Prozent der Stimmen, mehr als doppelt so viele wie der Zagreber Bürgermeister Milan Bandić (14,1) und Andrija Hebrang, der Kandidat der regierenden konservativen HDZ (12,1). Insgesamt waren zwölf Kandidaten zur ersten Runde angetreten.

## Lebenslange Haft für Kardelens Mörder

ISTANBUL, 27. Dezember (AP). Der Mörder der acht Jahre alten Kardelen aus Paderborn ist zu einer lebenslangen Strafe verurteilt worden. Zusätzlich verhängte das Schwurgericht im türkischen Söke gegen den 30 Jahre alten Ali Kur wegen Kindesmissbrauchs und Freiheitsberaubung weitere 18 Jahre Haft, wie die Nachrichtenagentur Anadolu berichtete. Kur beteuerte seine Unschuld und warf seinem Schwiegervater vor, Kardelen ermordet zu haben. (Siehe Deutschland und die Welt.)



Briefe an die Herausgeber ..... 8  
Sport ..... 21  
Impressum ..... 4  
Politische Bücher ..... 8

Deutschland und die Welt ..... 9  
Zeitgeschehen ..... 10  
Wirtschaft ..... 11  
Der Betriebswirt ..... 12

Neue Wirtschaftsbücher ..... 12  
Unternehmen ..... 14  
Menschen und Wirtschaft ..... 16  
Kurse ..... 19

Wetter ..... 20  
Feuilleton ..... 25  
Medien ..... 29  
Fernsehen und Hörfunk ..... 29